

Ergebnisse des Koalitionsausschusses

Regieren statt blockieren.

Die Beratungen im Koalitionsausschuss am 5. März haben erneut gezeigt: Die SPD hat die besseren Konzepte für unser Land. Die Union weiß in vielen Politikfeldern nicht, was sie will. Wir werden uns davon nicht blockieren lassen.

Bleiberecht

Kurt Beck und Franz Müntefering haben darauf bestanden, dass die getroffenen Vereinbarungen eingehalten und durchgesetzt werden und dass ein Gesetzentwurf im Kabinett verabschiedet wird. Die CSU will eine humane Regelung für langjährig „geduldete“ Menschen verhindern und kündigte den fertig ausgehandelten Entwurf zur Umsetzung aufenthalts- und asylrechtlicher Richtlinien der EU auf. Der Gesetzentwurf enthält die Regelung des Bleiberechts für langjährig Geduldete, wie sie auf der Grundlage unseres Konzeptes in der Koalition vereinbart ist. Sie schafft Rechtssicherheit für die Betroffenen. Wenn sie als Alleinstehende mindestens acht Jahre oder bei Familien mindestens sechs Jahre ununterbrochen legal in Deutschland gelebt haben und ihren Lebensunterhalt überwiegend durch eigene Erwerbstätigkeit bestreiten können, erhalten sie dauerhaftes Bleiberecht. Franz Müntefering hat dafür gesorgt, dass sie eine Chance am Arbeitsmarkt erhalten, um die Bedingung auch erfüllen zu können. Die CSU will dahinter zurück – aus parteipolitischem Kalkül. Das machen wir nicht mit.

Familie

Die SPD hat seit der Übernahme der Regierungsverantwortung im Bund 1998 mit dem Ausbau der Tagesbetreuung, dem 4 Mrd. Euro Ganztags-schulprogramm, der Einführung des Kinderzuschlags und der Einführung des Elterngeldes sichtbar und erfolgreich neue Prioritäten in der Familienpolitik gesetzt. Wir reden nicht nur über die Verbesserung der Kinderbetreuung, wir handeln. Wir wollen – wirksam ab 2010 – einen Rechtsanspruch für alle Kinder ab dem ersten Lebensjahr. Dafür haben wir ein plausibles Finanzierungskonzept vorgelegt, das nicht zuletzt auch die qualitative Verbesserung der Betreuungseinrichtungen vorsieht. Aus der Union waren bisher nur täglich wechselnde Ankündigungen zu hören, aber kein solides Konzept. Im Koalitionsausschuss wurde klar: sie hat auch keines. Stattdessen werden vorhandene Bedarfszahlen in Frage gestellt. Da helfen wir gern, damit auch die Union lernt, dass junge Familien verstärkt gute Ganztagsbetreuung nachfragen. Leider werden nötige Entscheidungen blockiert und verzögert.

Mindestlöhne

Die Union tut sich noch immer schwer mit der Erkenntnis, dass gute Arbeit gerecht entlohnt werden muss. Die Realität sieht aber anders aus: Millionen Menschen arbeiten den ganzen Tag und können sich und ihre Familien trotzdem nicht

vom hart erarbeiteten Lohn ernähren. Stundenlöhne von drei oder vier Euro sind ungerecht und unsozial. Sie missachten die Leistung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und sind nichts anderes als pure Ausbeutung. Solche Armutslöhne schaden außerdem unserem Land. Denn der Staat muss vielfach ergänzende Grundsicherungsleistungen zahlen. Geld, das woanders fehlt: bei Arbeitsförderung, Kinderbetreuung, Investitionen in Bildung und Infrastruktur. Die SPD und Franz Müntefering wollen erreichen, dass Menschen, die einer Vollzeitberufstätigkeit

nachgehen, von ihrer Arbeit auch menschenwürdig leben können. Wir wollen hierzu tarifvertragliche Lösungen. Deswegen fordern wir die Ausweitung des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes auf alle Wirtschaftsbereiche. In Branchen, in denen tarifliche Lösungen nicht greifen, brauchen wir zudem eine untere Haltegrenze der Entlohnung. Deshalb befürworten wir als zweite Stufe einen gesetzlichen Mindestlohn. CDU und CSU bewegen sich in kleinen Schritten. Bis zum nächsten Koalitionsausschuss soll eine Arbeitsgruppe das weitere Vorgehen klären. ■